

PRESSEDIENST

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

22. Dezember 2005

Offener Brief zur geplanten Räumung der Schwarzwaldstraße 79 (Ex-Steffi)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auch wenn uns der juristische Sachstand in Bezug auf das Mietverhältnis mit dem Verein Selbstbestimmtes Leben e.V. Schwarzwaldstraße 79 bekannt ist, sehen wir doch Spielräume, um es nicht zu einer Räumung ab Ende Januar 2006 kommen zu lassen.

Das autonome Kulturprojekt, das aus der Besetzung der Liegenschaft der Evangelischen Stadtmission im Jahre 1990 entstanden ist, kann man politisch durchaus sehr verschieden bewerten. Es kann aber auch festgehalten werden, dass alle Szenarien aus Polizei- und Geheimdienstkreisen, die in diesem autonomen Projekt eine öffentliche Gefahr sahen oder sehen, nicht Realität geworden sind. Im Gegenteil hat es intern viele Bemühungen gegeben den kulturellen Aspekt des Projekts Ex-Steffi zu stärken.

Ein Bedrohungsszenario lässt sich auch dadurch nicht konstruieren, dass Mitglieder dieser Szene manchmal schwierige und nicht immer zuverlässige Verhandlungspartner sind.

Eine umgekehrte Folgerung ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Nämlich dass junge Menschen in diesem Projekt zeitweise einen Bezugspunkt gefunden haben, ohne den sie auf der Straße gelandet wären (mit sich daraus ableitendem Handlungsbedarf seitens städtischer Behörden) oder vielleicht auch in radikalere Kreise geraten wären.

Uns scheint hier eher eine Schwierigkeit seitens Teilen der Stadtverwaltung vorzuliegen, der autonomen Jugendszene mit der Liberalität des längeren Zügels gegenüber zu treten. Dies kann man angesichts der Tatsache, dass es sich bei dem Projekt Steffi für die einzelnen Mitglieder ganz offensichtlich um ein Lebensphasen- oder Lebensfindungsprojekt handelt, jugendpsychologisch durchaus in Frage stellen.

Wir sehen keine zwingende Notwendigkeit für die Vollstreckung des Räumungstitels und den dann folgenden Abriss der Gebäude Schwarzwaldstr. 79 und führen dazu folgende Argumente an:

- Es liegt keinerlei erkennbar akute oder längerfristige öffentliche Gefahr vor.
- Politisch ist die wahrscheinlich nicht unspektakulär verlaufende Räumung angesichts öffentlich nicht erkennbarer Probleme oder Gefahren kein überzeugendes Aushängeschild für eine Stadt, die sich auf ihre liberale Kultur beruft.
- So lange die Schwarzwaldstr. 79 bewohnt ist, gelangt die Stadtverwaltung zu Mietzahlungen. Eine Räumung führt zu nicht zu vernachlässigenden Folgekosten.
- Die Stadtverwaltung hätte sich um eine Anzahl der dann wohnsitzlosen jungen Menschen zu kümmern.
- Es gibt keine kurzfristig erkennbaren Verwertungsinteressen an der betreffenden Liegenschaft, aus denen die Stadt profitieren könnte. Daran ändert auch der jetzt in die Wege geleitete neue Bebauungsplan nichts.

Unter diesen Umständen halten wir es für wünschenswert, eine befristete weitere Duldung des gegenwärtigen Zustandes fort zu schreiben. Das Argument, eine Gleichstellung mit dem Status der Kunstschaffenden in den umliegenden Ateliers sei juristisch nicht möglich, ist nach unseren Informationen nicht zwingend.

Insofern appellieren wir an Sie, Herr Oberbürgermeister, mit dem Verein Selbstbestimmtes Leben weiter zu verhandeln. Die Suche nach einem Alternativstandort sollte fortgesetzt werden. Wir sehen keinen Grund, eine Räumung durchzuführen, bevor nicht konkrete Investoreninteressen auf dem Tisch liegen.

Wir regen einen Runden Tisch mit allen in dieser Sache Beteiligten an, auf dem offen über die Perspektiven bezüglich des Vereins Selbstbestimmtes Leben e.V. und der Liegenschaft Schwarzwaldstr. 79 gesprochen wird. An diesem Runden Tisch sollten auch Vertreter/innen der Fraktionen beteiligt sein.

In Erwartung einer baldigen Antwort verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Splett (Fraktionssprecherin)